

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch
die Post 3 M., zweimonatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Beleggeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nummer 5002 des amtlichen
Belegungs-Vergleichs.
Für die Redaktion verantwortlich
J. B. Otto Hendel in Halle.
[Zemlin-Verlagshaus mit Berlin und Leipzig.]
Aufschlag-Nr. 176.

Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Anzeigen
werden die Spalte über jeden Raum
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von anderen Anzeigenstellen und allen
Kannonen Expeditionen angenommen.
Stimmen die Zeile 60 Pfg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der
Feste nach dem Sonn- u. Feiertage.
[Der Raubdruck unserer eigenen Briefe ist nur
mit voller Zuverlässigkeit gestattet.]

Nr. 41. Halle a. d. Saale, Dienstag den 18. Februar 1890. 1890.

Das Bild des Wahlkampfes.

Der diesmalige Wahlkampf unterscheidet sich in vortheilhafter Weise von dem des Jahres 1887: damals hatte die wie der Kartellabgeordnete Prof. Dr. Delbrück jetzt selbst zugibt — „normal“ Meinungsbeschränktheit in der Frage des September als Hauptziel in den Hintergrund gedrängt; die Kandidaten wurden zunächst nur nach ihrem Glaubensbekenntnis in dieser hinsichtlich herausgehobenen Angelegenheit befragt, und unter der hienach beleuchteten Flagge des September fand sich ein Herz zusammen, das aus durchaus disparaten Elementen bestand. Diesmal sieht es anders aus; eine „Wahlparole“ erfindet nicht, und das ist ein Glück; denn, wenn es gut, für fünf Jahre die Vertretung des deutschen Volkes zu wählen, so soll man nicht an Einen Faktor, man soll an die gesamte Summe dessen denken, was unserem öffentlichen Leben noch fehlt, was ihm entzissen zu werden droht.

Man hat für die ungewohnte Entschlossenheit der Regierungsoffene den Reichstagen verantwortlich zu machen versucht, und man hat gemeint, er wolle, wie einst der Kaiser, die Parteien zeigen, wie sie ohne ihn und sein Nutzen im Streit nicht sein könnten. Diese Anschauung, bis in ihre Konsequenzen ausgedehnt, würde zu der einwurmigen seltsamen Annahme führen, nicht Bismarck müßte sich über eine in Regierungskreise „schlechte“ Wahl inniglich freuen. Wer so denkt, der mist den großen Mann mit alzu kurzem Joch. Wir glauben, mit unbefangenerem Blick die Dinge zu sehen, wenn wir die Nähe aus den natürlichen Verhältnissen ableiten. Zum ersten male tritt das deutsche Volk unter einem neuen Kaiser an die Wahlurne; bei gleicher Beteiligung von Staat und Schranken soll sich, so will es der jugendliche Herrscher, das Wahlsystem vollziehen, auf das der Träger der Krone denkwürdig verneine, wie das Volk zu seinen Pflichten ist.

Der Kaiser hat offen ausgesprochen was er will. Der Gang der arbeitenden Klassen, ihre Benachdrung vor jeder ungerechten Ausbeutung soll bis an die Möglichkeitsgrenze fortgeführt werden; die Behandlung der im Her Dienenden soll unter allen Umständen eine gerechte, würdige und menschliche sein; Duldung und Nachsichtliche sollen gestiftet, der Lehrplan soll in modernem Geist umgewandelt und ausgearbeitet werden. In freudiger Begeisterung haben alle Parteien, so weit sie auf dem Boden der modernen Gesellschaftsordnung stehen — befanntlich thun das weder die Sozialdemokraten noch die Hypothekenspartei — diese in den letzten Wochen vorgezeichneten Grundzüge des kaiserlichen Programms begrüßt. Es handelt sich hier um großen Frei im Erläuterung von Forderungen, die der Liberalismus schon längst laut erhoben hat, und es zeigt sich abermals, wie schritt und rituel die vor drei Jahren beliebte Einschließung in „Königstreue“ und „Reichsfeinde“ gewesen ist. Auch dieser alte Lehnritter der Parteiverfechter ist nun endlich beiseite getrieben. Nicht für oder gegen Kaiser und Reich zu votieren gilt es: Die Treue gegen das Vaterland und seine Personifikation, den angethanen Herrscher, ist über jede angebliche Konstellation erhoben; das Wahlrecht ist den politisch mündigen Bürgern verliehen, um dem Staatsoberhaupt ihre Willensmeinung unerschrocken kundzutun. Und wie Prinz Carolat vor seinen Wählern in Baden jählich gesagt hat, er ziehe eine Winderzahl von freiwillig abgegebenen Stimmen einer vorgezeichneten Majorität vor, so wird auch der deutsche Kaiser nur denen Dank wissen, die offen und ehrlich für ihre Überzeugung einstehen, nach ihrem Verfassungsverstand.

Was wäre die Wahlschlacht schon verloren, so wild taub die Zwietracht im Lager der einst so festgeschlossenen Kartellpartei. Sogar Herr von Treitschke, der preussische Historiograph, der einst ein Nationalliberaler war, hat sich in Berlin gegen die bösen Mittelparteien gebemert. Mehr und mehr zeigt es sich, daß der neue Kartellschlüssel ein schwerer Fehler war: Die täuschende Lösung fehlt, und die mühsam nur zusammengewinkelten Mittelparteien werden den Schanden erleben. Auch das ist zum Guten, denn es bietet uns dann die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung aller wirklich liberalen Elemente, die in Zukunft dann nicht mehr auf die unersetzliche Rolle der Hypothekenspartei angewiesen wären.

Die Sozialdemokraten werden an Stimmen und Mandaten beträchtlich gewinnen, das erscheint zweifellos. Und es wird sich gerade an diesem abnormen Stimmengewinn zeigen, daß man den Sozialismus nur mit Freiheit, nicht mit Spang kurieren kann. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hüllen sich die Lehren der Sozialdemokratie in ein mystisch verlockendes Dunkel; wird erst wieder Licht, tritt erst wieder die volle Diskussionsfreiheit in ihre ungehemmten Rechte, so wird man bald in allen Schichten der Bevölkerung erkennen, wie wenig Ethischhaltiges die sozialistischen Agitatoren im Grunde vorzubringen haben, wie brüchig ihre Logik ist und wie unersetzlich ihre Verbreitungen sind für die große Masse ihrer Anhänger und. Die vom Kaiser in Aussicht genommenen Reformen können auf die Dauer nicht mit dem Sozialistengesetz vereinbart werden. Die Gleichberechtigung vor dem Gesetz ist die erste Bedingung im sozialen Friedensvertrage; es ist unerwählbar, daß Hunderttausende deutscher Arbeiter mit fremdem Vertrauen auf eine von den schönsten Tendenzen der Verfasslichkeit getragene Institution blicken, so lange sie unter einem für keine andere Partei geltenden Ausnahmengesetz stehen. Dieses Gesetz muß fallen, und es wird fallen.

Auch dem Schutzgessystem wird das Totenglocklein erschallen. Noch 1877 hat Herr v. Treitschke, der heute Arm in Arm mit Herrn v. Hammerstein die Mittelparteien in die Schranken fordert, gesagt: „Hüten Sie sich vor dem ersten Schritt! Sie ziehen sonst die Schleusen auf für eine schätzvolle Agitation, die bald in wildem, hochantistischem Treiben unser ganzes Land mit wüstem Daber erfüllen würde. Hüften Sie sich davor, dies gefährliche Deutschland auch noch durch den entsetzlichen Kampf selbstthätiger Interessen unglücklich zu machen.“

Der erste Schritt ist nicht vermieden worden, und unzählige andere sind ihm gefolgt. Aber es liegt ein gewisser Ausgleich darin, daß eben dieser erste Schritt, dessen wirtschaftliche Emanzipation dem Bürgerthum und der in ihm vertretenen Industrie so fernere Opfer anfordert, auch den Druck mit dem System „selbstthätiger Interessen“ über kurz oder lang beseitigen muß.

Diese beiden Fragen: das Sozialistengesetz und die Wirtschaftspolitik, sie bilden die unabweislichen Ergänzungen zu dem kaiserlichen Arbeiterprogramm. Und wer sie, auf diesem Programm fest fußend, unbefangend betrachtet, der wird, da das Bild des Wahlkampfes diesmal durch feinerlei Schrecksgepenster getrübt ist, dem seine Stimme geben müssen, der für Belegelichkeit eintritt und für eine alle Interessen der Staatsgemeinschaft vorurtheillose umfassende Politik.

Politische Uebersicht.

Oesterreich. Das wiener „Fremdenblatt“ kermert bei Besprechung der Anträge des Kaisers Wilhelm an den Staatsrat: Ohne Ueberzeugung kann man sagen, daß die ganze Welt mit ungeheurer Aufmerksamkeit der kaiserlichen Worte harrete. Das energische, von umfassendem Maße geleitete Auftreten des deutschen Kaisers in der Arbeiterfrage wird ohne Zweifel nicht bloß von der größten Bedeutung sein für die materielle und moralische Lage der Arbeiter, es wird auch eine belangreiche Mitwirkung auf das gesamte politische Leben Deutschlands üben. Die „Presse“ schreibt die Anträge des Kaisers entsprechend in vollstem Maße den durch die kaiserlichen Erlasse in ganz Europa erzeugten Erwartungen. Höher, fühlbarer Ernst übergezeigte, redliche Gesinnlichkeit, rein menschliches Wohlwollen und alles erdenkliche Fleiß und Vorlicht treten vereint und imponiren aus diesem in torretester Form geäußerten Staatsakte hervor. Das Neue Wiener Tageblatt“ hebt hervor, der Kaiser für eine Sprache, die von gewissenhafter Mäßigkeit auf die bestehenden Staatseinstellungen und von dem vollen Gefühl der Verantwortung zeugt, die der Kaiser für das Gelingen von Vorkommnissen übernommen habe, welche eine neue gesellschaftliche Ordnung anbahnen sollten. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: In Worten voll hohen Schwunges, voll Gedanken und elter, berrschender Empfindung habe der Kaiser die Aufgaben des Staatsrats in seiner Ansprache entwickelt. — Das ungarische Abgeordnetenhaus hat den Vertrag mit Deutschland, betreffend die Unterführung von Eisenbahnen, genehmigt, angenommen. — Das „Fremdenblatt“ erklärt, von unterrichteter Seite wird bestätigt, die Anwesenheit des Grafen Hartenau (Alexander v. Battenberg) habe nur den Zweck gehabt, dem Kaiser für die Aufnahme in den österreichischen Staatsverband zu danken. Die Meldung, Graf Hartenau werde demnächst das Kommando eines Regiments erhalten, sei durchaus ungründet. — Eine vom Klub der Jungtschechen in Pardubitz auf den 2. März einberufene Versammlung, in welcher über die politische Situation beraten und ein Vortrag über die nationale Bedeutung von Prag gehalten werden sollte, ist von der Behörde verboten worden. — Nach dem Sonntag vormittag über das Befinden des Grafen Andrássy ausgegebenen Bulletin hatte der Kranke, welcher seiner Genesung eine vollkommene schließliche Nacht, der Appetit mangelt gänzlich und die Kräfte haben abgenommen.

Schweiz. Der Bundesrat in Bern hat nun seine Antwort an Deutschland auf dessen Einladung zu der internationalen Arbeiterkongressen festgestellt. Der Bundesrat erkennt darin an, daß das Vorkommnis Deutschlands nicht begehrt, der Berner Konferenz entgegenzutreten, sondern geeignet ist, die Lösung derjenigen Fragen, zu welcher die Schweiz die Initiative ergriffen habe, zu befähigen. Obwohl grundsätzlich mit dem Vorgehen der deutschen Regierung einverstanden, ersucht der Bundesrat dieselbe doch um nähere Mitteilungen über die Form, in welcher die Konferenz abgehalten werden soll, sowie über das Datum und das Programm für dieselbe.

Frankreich. Das pariser Journal „Echo de Paris“ findet die Ergänzung einiger Garnisonen an der Nigrene infolge der Bildung der neuen deutschen Armee-corporps an. Die „Revue française“ sagt, die Initiative des deutschen Kaisers in der Arbeiterfrage sei ein wichtiger Akt, der Frankreich die Pflicht auferlege, den Problemen eine beständige Aufmerksamkeit zu widmen. Das „Mémorial diplomatique“ äußert bezüglich der Einladung zur Konferenz, die Regierung wolle, bevor sie eine Entscheidung treffe, noch abwarten, ob die Schweiz ihre Einladungen für die Berner Konferenz aufrecht erhalte, ferner glaube die Regierung, mit den zur Berner Konferenz geladenen Kabineten einen Meinungsaustrausch über die zu formulierenden Themen und etwa erwünschte Abänderungen des Konferenzprogramms vornehmen zu sollen; es wäre also vorzuzieh, sich dem französischen Vorschlag zu verweigern. — Dem „Figaro“ zufolge hätte sich Marschall Mac Mahon bei dem Marquis Beauvoir angekündigt, um den Herzog von Orleans zu seiner Haltung zu beglückwünschen. — Der Präsident Carnot unterzeichnete die Ernennung des Vicepräsidenten im Senat, Humbert, zum ersten Präsidenten des Rechnungshofes. — Wie verlautet, soll die Regierung infolge der in den letzten Tagen stattgefundenen

Manifestationen entschlossen sein, den Herzog von Orleans so lange in Genävalien zu halten, bis die ganze Affaire von der öffentlichen Meinung und der Presse nicht mehr besprochen wird; sobald solle der Herzog, ohne daß jemand davon vorher verständigt würde, über die Grenze gebracht werden. Nächsten Dienstag wird der Ministerrat über das Gefängnis, wo der Herzog von Orleans neuerlich interniert bleiben soll, eine Entscheidung treffen.

Italien. Der alferne Korrespondent der „Daily News“ meldet zur Ergänzung der vorliegenden neuesten Nachrichten aus Kreta: Die christlichen Verwaltungsräte und Richter von Rethymu, sowie der Friedensrichter von Mifouriu haben ihre Posten niedergelegt. Die Käufe wurden eingesperrt. Auch einer der zwei Richter von Geracion hat sein Amt niedergelegt. Das Kriegsgericht verurteilt die Käufe und die Friedensrichter zu zwingen, ihre Entlassungsgesuche zurückzugeben, und durch Anwendung von Druck und Drohungen zu zwingen, die Namen der Personen zu verraten, welche sie zu ihrem Richter veranlassen.

Argina. Aus Durban, 14. Febr., meldet man: Leyten Sonntag traf Major Serpa Pinto von Mozambique in der Delagoa-Bai ein. Dort erhielt er Anweisung, einzuweisen, welche die nach Afrika nicht fortzuführen. Wahrscheinlich wurde seine Anwesenheit in der portugiesischen Hauptstadt der Regierung zur Zeit nicht gerne sein. Es besteht Grund zu der Annahme, daß das große Publikum noch sehr im Unklaren bezüglich der Ereignisse, welche sich am Samstag vollzogen haben. Es sollen zwei portugiesische Offiziere getötet worden sein und es geht das Gerücht, daß Gungunimbo das Land der Eingeborenen bis nach Romati vertrieben hat. — Wie aus Kimberley, 14. Febr., berichtet wird, rüsten die Boers einen Zug aus, welcher von Zoutpannsberg aus in das Maschongaland dringen wird. Präsident Kruger weiß von der Sache. Unter diesen Umständen ist es für die Engländer geboten, notwendig, das Sozialland zu halten. — Ein deutscher Telegramm aus Cassinien beschließt die P. Schwenn in Kairo ausgegangene Meldung, daß die Abgangs in dem Bestande der Europäer die Herrschaft über Uganda wieder erlangt habe. Der Trommeschlag ging nicht ohne Klänge von flatten, in denen König Kalena und seine arabischen Bundesgenossen völlig ausgerieben wurden. Nur sehr wenige Araber entkamen der Missethe. Während des Gefechts stog eine Chau auf dem See mit einer Anzahl vornehmer Araber, 200 Kampfkraften und einer Quantität Munition an Bord in die Luft und alle an Bord befindlichen Personen wurden getötet. Uganda ist nunmehr in der Gewalt Wivangas und der Europäer.

Amerika. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat seinen Bericht über den Auslieferungsvertrag mit Rußland vorgelegt. Der Ausschuss hat den Paragrafen, welcher ein Ultimatum auf das Leben des Jaren zu einem möglichen Verbrechen klemmt, getrieben. — Im Senat fand am Samstag eine längere Debatte über den Auslieferungsvertrag mit Britannien statt. Gray und andere beantragten die Annahme des Sozialistengesetzes und Betrug. — Es heißt, daß das Staatsdepartement mit der Ausarbeitung eines neuen Fiskalvertrages beschäftigt ist, welcher dem Senat vor Beginn des Fiskaljahres vorgelegt werden soll.

Kleinere telegraphische Mittheilungen.
* Konstantinopol, 15. Febr. Die der Kasse der öffentlichen ottomanischen Schuld abgetretenen Staatsanleihen betragen im Januar d. J. 69.700 Tumb. Die bulgarische Regierung hat die fällige Monatsrate bezahlt.

Deutsches Reich.

* Berlin, 16. Febr. Der Kaiser hatte sich gestern vormittag nach Potsdam begeben, um dieselbst die Festen der Leib-Compagnie, sowie der 3., der 6. und der 10. Compagnie des 1. Garde-Regiments, s. J. zu geben. Während der Fahrt nach Potsdam nahm Se. Maj. den Vortrag des Oberst des Generalstabes, General der Kavallerie Grafen v. Waldersee, entgegen. Am 2. Febr. kehrte der Kaiser mit seiner Umgebung mittels Sonderzuges nach Berlin zurück und arbeitete während der Rückfahrt mit dem Oberst des Militär-Kabinetts, Generalleutnant und General-Major v. Sahlke. Später empfing der Kaiser den hiesigen Generalen Grafen zu Gersdorff und begab sich alsdann um 5 Uhr nach dem Generalstab-Gebäude, um dort einen Kriegsspiel zu betheiligen. Nach dem föniglichen Schloß zurückgekehrt, hörte der Kaiser von 1/2 Uhr ab den Vortrag des Generalleutnants des Heeres, Staatsministers Grafen v. Bismarck. Die Kette in Berlin d. h. die Kette, welche die Anstehung von Schulden, um dieselbst das von Prof. Bismarck entgegengesehrt der Kaiserin Augusta in Argentinien zu nehmen und begab sich dann noch in die Kunstgalerie von Gurlitt.

* Berlin, 16. Febr. Ueber eine am Samstag in Sandbau von dem Kriegsminister v. Werdt zu Bernots in der Arbeit und dortigen fiskaalischen Sachkenner gewählte Audienz über die man der Kriegsminister v. Werdt zu Bernots hat heute morgen nach 8 Uhr in Begleitung des Generalmajors Werhards, des Oberst der technischen Abteilung im Kriegsministerium, hier ein und begab sich mittels Droschke (sober nach dem Specialen der Munitionsfabrik an der Berliner Chaussee, wo sich vorher bereits die Arbeiterdeputationen eingefunden hatten. Die Audienz, bei welcher die Arbeiterdeputationen eingehenden Anmerkungen der Deputierten über die hiesigen Lohnverhältnisse vernahm, dauerte etwa anderthalb Stunden. Die Indultretoren waren zugegen, Nach Beendigung der Audienz nahm der Kriegsminister zurück die fiskaalischen Wohlthäter an der Reichsgesetzgebung in Argentinien. Sodann führte er mit seiner Begleitung nach Berlin zurück. Die militärischen Gebäude hatten zu Ehren der Anwesenheit des Kriegsministers geflaggt.

